

Bund der Evangelischen Kirchen, Beschluß der Synode, 1990

I.

Der Bund der Evangelischen Kirchen hat auf seinem über 20jährigen Weg der ökumenischen Bewegung viel zu verdanken. Die Gestaltung der Zeugnis- und Dienstgemeinschaft im Bund war nicht denkbar ohne die Anstöße aus der weltweiten Ökumene.

Die kleiner werdenden Gemeinden wurden ermutigt und bestärkt in der großen Gemeinschaft der Kirchen. Über Mauern und Stacheldraht hinweg hat die Ökumene unseren Kirchen und Gemeinden neue und weite Horizonte eröffnet. Wir haben als bedrängte Kirchen viel Solidarität erfahren. Unser Bemühen, das Evangelium den Menschen in einer sozialistischen Gesellschaft zu verkündigen und Zeugnis und Dienst in dieser Gesellschaft in kritischer Solidarität auszurichten, ist mit Verständnis und Ermutigung begleitet worden. Die Entwicklung des Friedenszeugnisses unserer Kirchen, unser Eintreten für Gerechtigkeit und schließlich das Bemühen um die Bewahrung der Schöpfung geschahen im engen Zusammenhang mit entsprechenden Programmen der ökumenischen Organisationen und oft im Gespräch mit uns partnerschaftlich verbundenen Kirchen (z.B. in den 70er Jahren das Programm des Ökumenischen Rates der Kirchen zur Bekämpfung des Rassismus und die Initiativen der Konferenz Europäischer Kirchen zur Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und besonders in den 80er Jahren der Konziliare Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung).

Daß unser Zeugnis und Dienst dabei immer wieder auch als bedeutsamer Beitrag in der ökumenischen Bewegung aufgenommen wurde, hat uns oft beschämt. Wir sind dankbar für diese Gemeinschaft.

Wir sind auch dankbar dafür, daß wir nach der friedlichen Wende in unserem Land und zur neuen Gemeinschaft zwischen den beiden deutschen Staaten viele Zeichen des Mit-Freuens, Mit-Dankens und Mit-Lobens erhalten haben.

Wir hören aber auch Stimmen, die uns nach dem künftigen Weg eines vereinten Deutschland fragen und nach der Rolle der Kirchen in ihm.

Wir wollen weitergehen auf dem ökumenischen Weg. Wir möchten die Gemeinschaft mit unseren Partnerkirchen festhalten und hoffen darauf, daß sie uns wie bisher ermutigend und kritisch zur Seite stehen. Wir brauchen ihre Gemeinschaft und ihren Rat, wenn wir nach der Verantwortung unserer Kirchen in Europa und in der weltweiten Gemeinschaft fragen. Wir möchten unsere Mitgliedschaft im ÖRK und in der KEK weiterhin engagiert wahrnehmen und hoffen, daß wir uns künftig auch personell und finanziell stärker beteiligen können. Die Bitte, die das Thema der bevorstehenden Vollversammlung des ÖRK ist, wir wollen sie in unseren Kirchen und Gemeinden aufnehmen: „Komm Heiliger Geist - erneuere die ganze Schöpfung“.

II.

Die Synode hat einen Bericht über die „Weltversammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ in Seoul gehört. Sie nimmt die Einladung zum Bundesschluß von Seoul auf, indem sie nach den Schritten fragt, die wir in unserem Kontext an der Schwelle zur deutschen Einheit zu gehen haben, wenn wir den vier Richtungen jenes Bundesschlusses folgen.

1. Zur Gerechtigkeit

Im Prozeß der deutschen Vereinigung halten uns die Chancen und die sozialen Risiken des Übergangs von „sozialistischer Planwirtschaft“ zur „sozialen Marktwirtschaft“ in Atem. Wir stehen in der Gefahr, die Solidarität mit den Armen zu vergessen und damit den Gott zu verleugnen, „der auf der Seite der Armen steht“ (2. Affirmation von Seoul). Wo wirtschaftliche Hilfe für die osteuropäischen Länder geleistet wird, hören wir mit Betroffenheit, daß sie schon jetzt auf Kosten der Solidarität mit der Zwei-Drittel-Welt geht.

- Wir fordern die Gemeinden und alle kirchlichen Mitarbeiter auf, der geistlichen Gefahr einer praktischen Verleugnung des Gottes der Armen entgegenzuwirken und zu helfen, daß wir eine Kirche in der Solidarität mit den Armen werden.
- Wir fordern die Gliedkirchen des BEK auf, nach Wegfall der Währungsgrenze in Weiterführung des 2%-Appells finanzielle Mittel für kirchliche Entwicklungsarbeit bereitzustellen und Zwei-Drittel-Welt-Gruppen in ihrer Arbeit zu unterstützen.
- „Die Aufnahme der DDR in ein Wirtschafts- und Währungsgebiet mit der Bundesrepublik entfernt uns von unseren polnischen und tschechischen Nachbarn und Freunden. Die Währungsschwelle zwischen uns und ihnen macht die Verbindung zu uns schwieriger“ (Bericht der KKL S. 29). Wir bitten die künftige gesamtdeutsche Regierung, auf einen visafreien Reiseverkehr zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn hinzuarbeiten.
- „Die langersehnte Öffnung der Grenzen unseres Landes verpflichtet uns auch zur Offenheit für andere“ (Bericht der KKL S. 28). Wir treten ein für eine großzügige Aufnahme von Asylsuchenden und unterstreichen die Notwendigkeit gesetzlicher Regelungen für einen gesicherten Aufenthalt und für ein geordnetes Asyl. Wir bitten die christlichen Familien und Gemeinden, sich ausländischen Mitbürgern zu öffnen und ihnen zu helfen, in unserem Land heimisch zu werden.

2. Zum Frieden

Während im vereinten Deutschland und in Europa die Nachkriegszeit zu Ende geht, ballt sich in der Golfregion ein militärischer Konflikt mit unabsehbaren Auswirkungen zusammen. Mit dem Geschenk der deutschen Einheit ist uns vor allem eine verstärkte Verantwortung für den Frieden in Europa und in der Welt anvertraut.

- Die vorrangige Verpflichtung zur Gewaltfreiheit (Ökumenische Versammlung) und die „Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen“ (Seoul) fordert von unseren Kirchen, daß sie sich entschieden für eine politische Lösung der

vielfdimensionalen Konflikte in der Golfregion einsetzen und vor der lebensgefährlichen Illusion warnen, diese Konflikte könnten mit Waffengewalt gelöst werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für eine Entmilitarisierung des Golfkonfliktes und für politische Konfliktlösungen einzusetzen.

- Wir verwerfen den Handel mit Waffen und Giftgas und treten für eine Gesetzgebung ein, die das Umgehen dieses Verbotes möglichst weitgehend ausschließt.
- Der Vereinigung Deutschlands können wir uns nur freuen, wenn sie der Vereinigung ganz Europas im Frieden dient. Christen haben als das eine weltweite Volk Gottes jedem Nationalismus zu widerstehen, der das eigene Volk über andere Völker stellt und ihm auf Kosten anderer Völker dient. So treten wir ein für eine gesamteuropäische Friedensordnung im Rahmen des KSZE-Prozesses und für Truppenreduzierungen und Abrüstung (Stopp der Produktion des Jäger 90) in Deutschland. Wir bitten die Gemeinden, in die gottesdienstlichen Feiern am 2./3. Oktober nach Möglichkeit Ausländer einzubeziehen und allen nationalistischen Regungen und Bestrebungen zu widerstehen.
- Im konziliaren Prozeß wurden Christen und Kirchen immer nachdrücklicher aufgefordert, an einer Kultur der Gewaltfreiheit mitzuwirken.

Nach den Erfahrungen der gewaltfreien Revolutionen und Veränderungen in den mittel- und osteuropäischen Staaten unterstreichen wir diese Tendenz. Wir bitten die Gliedkirchen des Bundes, Studien und Übungen zu gewaltfreien sozialen Aktionen und Wegen gewaltfreier Konfliktlösung zu fördern und die gewaltlosen Veränderungen des Jahres '89 unter diesem Aspekt zu untersuchen.

Der soziale Friedensdienst ist als Ausdruck einer entstehenden Kultur der Gewaltfreiheit zu verstehen, nicht als Ersatz für den Wehrdienst. An der Motivation zum Zivildienst und dessen Gestaltung muß noch gearbeitet werden, damit er diesem seinen Sinn entspricht.

Wir bedauern, daß die Ordnung des Zivildienstes in der DDR im Einigungsvertrag nicht berücksichtigt wurde. Wir fordern das gesamtdeutsche Parlament auf, eine Regelung zu treffen, die grundsätzlich von einer Gewissensprüfung absieht, die Dauer von Wehrdienst und Zivildienst gleichstellt und den Zivildienst aus der Verantwortung des Verteidigungsministeriums herauslöst. Die Synode hat mit Dank den Brief des Ratsvorsitzenden der EKD zu dieser Frage vom 19.9.1990 zur Kenntnis genommen und sieht sich in der Hoffnung bestärkt, daß eine zeitliche Gleichstellung von Wehrdienst und Zivildienst erreicht werden kann.

Die Frage eines nicht von der Wehrpflicht abgeleiteten Dienstes (Sozialer Friedensdienst) sollte energisch von den Kirchen ins Gespräch gebracht werden. Die Synode unterstreicht die Position der Konferenz der Kirchenleitungen, die „die Übernahme des Militärseelsorgevertrages für den Bereich der Gliedkirchen des Bundes ablehnte“. Sie bittet die EKD angesichts der Veränderungen in der Gestaltung des Militärdienstes und des Verständnisses der Funktion des Militärs, die Gestaltung der Seelsorge an Soldaten und den Militärseelsorgevertrag zu überprüfen.

3. Zur Bewahrung der Schöpfung

In dem gegenwärtigen ökonomischen Umstellungsprozeß, in dem ökologische Gesichtspunkte wiederum ins Hintertreffen zu geraten drohen, gilt es eine umweltverträgliche und damit zukunftssträchtige Wirtschaft und Gesellschaft aufzubauen. Die Synode tritt dafür ein, daß das in den gegenwärtigen energiepolitischen Entscheidungen, bei den wachsenden Müllproblemen (Wiedereinführung des Sen-Systems) und bei der Vergabe von Industriestandorten beachtet wird.

Die Synode hat mit Betroffenheit zur Kenntnis genommen, daß durch die „Aktion Lindwurm“ chemische Waffen aus Deutschland auf das Johnston-Atoll verbracht werden, wo der bis 1997 dauernde Vernichtungsprozeß die pazifischen Inseln bedroht. Die Synode bittet die Konferenz der Kirchenleitungen und die EKD unverzüglich Kontakt mit den pazifischen Kirchen und den Kirchen in den USA aufzunehmen, um mit ihnen gemeinsam zu prüfen, wie der Schaden von den Pazifischen Inseln noch abgewendet werden kann.

4. Zum Antirassismus

Seit einigen Wochen suchen jüdische Familien aus der Sowjetunion Asyl in der DDR. Wir sehen darin einen Vertrauensbeweis zu uns Deutschen, der uns beschämt und verpflichtet.

Die Synode fordert die Regierung auf, auch den noch in der Sowjetunion befindlichen Angehörigen dieser Familien und weiteren jüdischen Familien aus der Sowjetunion die Einreise zu ermöglichen. Sie bittet Städte und Gemeinden, diese jüdischen Familien freundlich und großzügig aufzunehmen. Sie fordert die christlichen Gemeinden auf, Hilfe zu leisten, neue Vertrauensbeziehungen aufzubauen und allen Regungen des Antisemitismus in unserem Land zu begegnen.

5. Der Konziliare Prozeß ...

stellt uns in den drei Problemfeldern der Gerechtigkeit, des Friedens und der Schöpfungsbewahrung vor die Überlebensfrage der Menschheit und die Aufgabe, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zukunftsfähig zu gestalten.

Auf diese neue geschichtliche Herausforderung müssen wir auch mit einer Fortschreibung der Verfassung und also einer Verfassungsdiskussion antworten. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten bietet dafür eine Chance, die wir nicht versäumen dürfen. Die Synode fordert daher die gesamtdeutsche Regierung und das gesamtdeutsche Parlament auf, solch eine Diskussion in Gang zu setzen und bis zu einem Volksentscheid über eine veränderte Verfassung zu führen.

III.

Die Synode begrüßt, daß die Teilnehmer an der Ökumenischen Versammlung in der DDR im November in Berlin zusammenkommen, um die Weiterarbeit an den Themen des Konziliaren Prozesses in unserer veränderten gesellschaftlichen Situation zu beraten.

Wir fordern die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (AGCK und ACK) auf, für eine Weiterführung des Konziliaren Prozesses durch die Kirchen eines vereinten Deutschland Sorge zu tragen.

Die Delegierten des Bundes für die Vollversammlung des ÖRK in Canberra werden beauftragt, den Beitrag der Kirchen in der DDR zum Konziliaren Prozeß dort einzubringen und sich dafür einzusetzen, daß der Konziliare Prozeß die Arbeit des ÖRK in seiner nächsten Arbeitsperiode wesentlich mitbestimmt.

Wir bitten die Mitgliedskirchen der KEK in der DDR, daran mitzuwirken, daß die Europäische Versammlung in Basel den dort beschlossenen Empfehlungen entsprechend fortgesetzt und so der christliche Beitrag zu einem gemeinsamen europäischen Haus gefördert wird. Dafür sind auch die Partnerbeziehungen zu Kirchen in anderen europäischen Ländern, besonders in Zentral- und Osteuropa, wichtig und weiter zu pflegen.

Leipzig, den 25. September 1990

*Der Präses der Synode des Bundes der Ev. Kirchen
Rosemarie Cynkiewicz*